

Steibl: Kinderbetreuungsgeld für alle wird um wichtige Wahlmöglichkeiten erweitert

Utl.: Bauen wir vor für unsere Familien - dann können wir auch in Zukunft weiter auf sie bauen

Wien (ÖVP-PK) - Das Kinderbetreuungsgeld für alle wird nunmehr auf Basis der Regierungsverhandlungen und dank der exzellenten Verhandlung von Familienministerin Dr. Andrea Kdolsky um wichtige Wahlmöglichkeiten erweitert. Das sagte heute, Mittwoch, ÖVP-Familiensprecherin Abg. Ridi Steibl bei der Debatte über das Kinderbetreuungsgeldgesetz im Nationalrat. ****

"Eine zentrale Herausforderung an die Familienpolitik ist, Familienleben und Erwerbstätigkeit durch geeignete Rahmenbedingungen für Mütter und Väter bestmöglich vereinbar zu machen. Das Kinderbetreuungsgeld gibt es seit fünf Jahren für alle - von der Schülerin über die Vollhausfrau, Unternehmerin bis zur unselbständig Berufstätigen. Die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher hat sich in den letzten Jahren von zirka 78.000 auf 170.000 mehr als verdoppelt", erläuterte Steibl.

"Einmal Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Familienformen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, reicht aber nicht aus, - es muss laufend positive Weiterentwicklungen geben. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung beschließen wir heute", stellt die ÖVP-Abgeordnete fest und führte die wichtigsten Änderungen ab 1. Jänner 2008 an. Für Geburten vor 2008 gibt es Übergangsregelungen und damit die Möglichkeit des Umstiegs:

- Drei Varianten des Bezuges sind möglich: 436 Euro für 36 Monate (davon zumindest sechs der Partner), 624 Euro für 24 Monate oder 800 Euro für 18 Monate. Steibl: "Das zeigt, wie wichtig es uns ist, den Eltern die Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie zu vereinbaren."
- Die Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld wird von 14.600 auf 16.200 Euro pro Jahr angehoben.
- Ein wichtiges Novum ist die sogenannte Einschleifregelung. Künftig muss bei Überschreiten der Zuverdienstgrenze nur mehr der "Überschreibungsbetrag" und nicht das gesamte Kinderbetreuungsgeld zurück bezahlt werden.
- Auch beim Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld erfolgt diese Anhebung auf 16.200 Euro. "Das ist eine Verdreifachung der vorigen Grenze. Mit dem Zuschuss will man der oft schwierigen finanziellen Situation von Alleinerzieherinnen und einkommensschwachen Familien gerecht werden", stellte Steibl klar.

Erfreut zeigte sich Steibl in diesem Zusammenhang auch über die Einsicht des Regierungspartners, dass diese weitere Flexibilisierung "ein wichtiger und überfälliger Schritt in eine Zukunft ist, in der es jungen Menschen leichter gemacht werden soll, Ja zum Kind zu sagen. Gerade Bundesministerin Andrea Kdolsky ist es gelungen, in zähen Verhandlungen mit ihrem Team im Bundesministerium über das Regierungsprogramm hinaus noch Verbesserungen herein zu holen", verwies Steibl auf die dritte Variante "20 + 4 Monate", die sich an den Kündigungsschutz bei unselbständig Berufstätigen "anpasst".

"Wenn sich diese Verbesserung jetzt die SPÖ auf die Fahnen heften will - ist es auch gut so - Erfolge haben immer viele Mütter und

Väter. Nur bei den Regierungsverhandlungen war Bundesministerin Kdolsky - im Gegensatz zu Frauenministerin Doris Bures noch gar nicht eingebunden", so die ÖVP-Familiensprecherin. Und zu Bundesministerin Bures gewandt: "Warum wurde diese jetzige Erweiterung damals nicht von Ihrer Seite hineinreklamiert?" Auch nicht klar sei ihr, Steibl, die Haltung Bures hinsichtlich der Forderung der Arbeiterkammer und des ÖGB betreffend Arbeitszeitregelung. "Das wäre ein großer Einschnitt in die Freiräume der Mütter und Väter". Dieses Arbeitszeit-Reduzierungsmodell sei nur für eine bestimmte kleine Gruppe der Unselbständigen passend. Die Bedürfnisse von Durchschnittsverdienern/-innen in Berufen wie Verkäufer/in, Frisör/in, also primär im Dienstleistungssektor, blieben auf der Strecke. Eine Arbeitszeitgrenze komme der Einführung einer Zweiklassen-Gesellschaft gleich und sei faktisch nicht überprüfbar, so Steibl weiter.

"Die Frage der Kinder ist eine Frage der Zukunft und der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Es ist daher wichtig, dass diese Regierung mit Vizekanzler und Finanzminister Mag. Wilhelm Molterer Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Kinder- und Familienfreundlichkeit setzt. Bauen wir vor für unsere Familien und Kinder - für die Zukunft. Dann können wir auch in Zukunft weiter auf sie bauen", schloss die Familiensprecherin.
(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Tel. 01/40110/4432

<http://www.oevpklub.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0155 2007-10-17/12:06

171206 Okt 07